

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

20.3.1923 (No. 67)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
Str. Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Verlagsort:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Geheobauere
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umdort frei ins Haus geliefert für März 3900 A — Einzelnummer 150 A — Anzeigengebühr: 125 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tariflicher Natur, der als Kostenersatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstößige Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern beschlagnahmt. Bei Klagerstellung, Zwangsverfügung, zwangsweiser Beiziehung und Kontokorrenten fällt der Postwert ab. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Währungsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verzögert, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die Angst als Beherrscherin der Politik.

Die vielfachen Meldungen der letzten Wochen über allerlei diplomatische Maßnahmen hinter den Kulissen haben im Kern das Richtige getroffen: von allen Seiten ist der Wunsch laut geworden, die Ruhraktion zu beenden und nun endlich einmal eine dauerhafte Einigung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Die Art und Weise allerdings, wie dieser Wunsch laut wurde und zu diplomatischem Ausdruck gelangte, war so beschaffen, daß schließlich jeder Beteiligte erklären konnte, er habe offiziell nichts unternommen. Ein jeder Staat war eben darauf bedacht, noch außen hin das Gesicht zu wahren. Und zumal Frankreich und Deutschland haben naturgemäß alles vermieden, was irgendwie nach einem Nachlassen des Kampfeswillens auszuweisen könnte.

Und doch ist das, was an positiven Ergebnissen übrig bleibt, wertvoll genug. Während noch bis vor 14 Tagen eine Diskussion über die Beendigung der Ruhraktion und über eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland lediglich auf die Debatten des englischen Unterhauses beschränkt blieb, wird seit einiger Zeit in allen Ländern der Welt, in allen Kabinetten, in allen politischen Kreisen die Frage nach der Möglichkeit einer solchen Einigung überaus eifrig erörtert. Das ist zweifellos ein Fortschritt. Und gewisse andere Symptome, auf die wir schon in der vorigen Woche an dieser Stelle hinwiesen, haben einwandfrei bewiesen, daß Frankreich — sei es nun ehrlich, oder sei es aus Taktik — zurzeit eine etwas mildere Tonart bevorzugt. Wenigstens gilt das für die eigentlichen Hauptfragen. Wir wissen heute, daß neben mancherlei anderen Motiven vor allem die belgische Politik es war, die Frankreich zu einer gewissen Mäßigung veranlaßt hat.

Die Situation ist, diplomatisch gesehen, zurzeit etwa folgende: Deutschland ist zu Verhandlungen und zur Überreichung ernsthafter Vorschläge durchaus bereit, hat aber noch gar keinen Beweis dafür in der Hand, daß Frankreich ernstlich zu einer vernünftigen Regelung geneigt ist, und muß demgemäß befürchten, daß eine gar zu geflüstert behobene Verhandlungsbereitschaft von den Vertretern der imperialistischen Gewaltpolitik in Frankreich als Schwäche gedeutet wird. Frankreich hat offenbar einsehen gelernt, daß aus dem ganzen Ruhrabenteuer nichts Gutes herauskommt, und daß es angebracht sei, die Ziele der französischen Politik auf anderem Wege zu erreichen oder gar diese Ziele einer Revision zu unterziehen. Die englische Regierung hat sich bisher von der offiziell eingehaltenen Linie der sog. „wohlwollenden Neutralität für Frankreich“ nicht entfernt, würde aber angesichts der ganzen Stimmung im eigenen Lande zweifellos jede Möglichkeit begrüßen und verfolgen, die eine Beendigung der Ruhraktion und damit ein Arrangement zwischen Deutschland und Frankreich erhoffen läßt. Und man darf ruhig annehmen, daß die englische Regierung vertraulich in diesem Sinne sowohl in Paris, wie in Brüssel gewirkt hat. Italien hat in der letzten Zeit eine Schwankung vollzogen und sich mehr an die englische Auffassung angelehnt. Nachdem einmal bekannt geworden ist, daß Frankreich am Rhein und an der Ruhr annektonistische Pläne verfolgt, ist Italien deutlich abgerückt.

Nun aber Amerika. Die deutsche Regierung hat der englischen und der nordamerikanischen Regierung offiziell ihren Standpunkt dargelegt, ohne damit allerdings um eine Intervention ersucht zu haben. Washington kennt also die deutschen Vorschläge. Wie aus den neuesten Meldungen hervorgeht, will man sich in Amerika zwar im Augenblick nicht aktiv engagieren, ist dafür aber durchaus bereit, schon in absehbarer Zeit eine internationale Wirtschaftskonferenz in Anregung zu bringen, auf welcher — natürlich unter Beteiligung Deutschlands — die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit geprüft werden soll. Was die neutralen Staaten betrifft, so darf festgestellt werden, daß deren Mehrheit gleichfalls eine Beilegung des Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich aufs innigste wünscht und diesem Wunsche auch in Paris vertraulich Ausdruck gegeben hat.

Nun hat allerdings Frankreich es verstanden, den ganzen Konflikt auf ein neues Gebiet

hinzuberspülen. Auf höheres Kommando schiebt seit einigen Tagen die Pariser Presse die sogen. „Frage der Sicherheiten“ in den Vordergrund der Erörterung. Man fürchtet drüben in Frankreich noch immer den „furor teutonius“, die deutsche Revanche, und will eine Reihe von neuen Maßnahmen vertragsmäßig beschließen, die Frankreich alle nur irgendwie denkbare Sicherheiten gewähren.

Für uns unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die Frage nach den Sicherheiten für Frankreich nicht nur ein höchst willkommener Vorwand ist, um die Augen der Welt den Pariser annektonistischen Plänen abzulenken und die öffentliche Meinung der Welt für Frankreichs Ideen etwas günstiger zu stimmen, sondern daß in der Tat seit dem Kriegsende die Angst der eigentlich beherrschende Faktor der französischen Politik ist. Und zwar ist diese Angst gewachsen mit dem schlechten Gewissen der Franzosen. Je brutaler und je niederträchtiger sich Frankreich dem deutschen Volke gegenüber benahm, um so schlechter mußte sein eigenes Gewissen und um so größer damit seine Angst werden.

Man muß einmal die jüngst erschienenen Memoiren Wilsons lesen, um zu erkennen, wie die Politik Frankreichs bei den Friedensbesprechungen zu Beginn des Jahres 1919 von dem Gefühl der Angst beherrscht war. Am schroffsten hat Marshall Foch den Gefühlen und Anschauungen dieser Angst Ausdruck verliehen. Und Clemenceau ist sogleich nach Friedensschluß gestürzt worden, weil er noch der Überzeugung der nationalitätstümlich-militaristischen Kammermehrheit für die Sicherstellung seines Landes nicht genügend erreicht hatte. Jetzt sehen wir, daß die Argumente Fochs von neuem wieder auftauchen und die ganze Linie der französischen Politik beherrschen.

Man erklärt jetzt ganz offen, daß an eine Einigung mit Deutschland nur dann gedacht werden könne, wenn Frankreich gegen eine etwaige deutsche Revanche sichergestellt werde. Da England sich geweigert habe, mit Frankreich einen diesbezüglichen Militärpakt abzuschließen, könne lediglich die militärische Neutralisierung des Rheinlandes in Frage kommen. Das Vorbild für diese Politik der Sicherheit beziehen die Franzosen übrigens aus der deutschen Geschichte selbst. Auch Bismarck hat ja bekanntlich die Wiedereinverleibung Elsaß-Lothringens 1871 vor allem mit der militärischen Begründung gefordert, daß Elsaß-Lothringen eine Art Glacis (heute würden wir sagen: einen Brückenkopf) für Deutschland bilden müsse. Jetzt fordert Frankreich seine „Brückenköpfe“.

Diese Forderung ist vor allem deshalb gefährlich, weil sie recht geschickt gewissen Stimmungen in der Welt entgegenkommt, die für uns nicht erfreulich sind. Man glaubt in der Welt noch immer nicht völlig daran, daß der deutsche bzw. preussische Militarismus erledigt sei, und man ist deshalb nur zu gerne bereit, die französische Forderung nach Sicherheiten anzuerkennen. Wir haben mit dieser Stimmung jedenfalls zu rechnen, genau so, wie wir ein für allemal damit zu rechnen haben werden, daß die Angst vor einer deutschen Revanche maßgebender Faktor der französischen Politik ist.

Da ja die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes den Gedanken an eine solche Revanche, das heißt also letzten Endes den Gedanken an neue Kriege, ablehnt und ehrlich einen dauerhaften Frieden wünscht, wird sie an sich nicht abgeneigt sein, die französische Angst zu beschwichtigen, sofern das mit dem Interesse und der Ehre der deutschen Nation vereinbar ist. In Frankreich aber sollte es sein, nun endlich auch seinerseits politische Bahnen einzulenken, die uns in der Befundung friedlicher Gefühle unterstützen können. Bisher hat Frankreich auf diesem Gebiet noch gar nichts getan, vielmehr begierig jede Gelegenheit ergriffen, um das deutsche Volk zu beleidigen und zu quälen. Hier wird es die Aufgabe der übrigen Großmächte sein, Frankreich zu zwingen, auch nun seinerseits endlich von seiner Politik der brutalen Herausforderung und Vergewaltigung abzulassen und das deutsche Volk so zu behandeln, wie es behandelt werden muß, wenn Frankreich seiner Angst ledig werden will.

Politische Neuigkeiten.

Loucheur spricht.

Der ehemalige Minister Loucheur hat in Grenoble eine Rede gehalten, in der er sich über die Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien aussprach. Er sagte, das politische Deutschland von heute sei von den Vertretern der Schule Bismarcks aufgebaut worden. Die Deutschen seien noch nicht auf das demokratische Regime eingestellt, das sie anscheinend hätten einführen wollen. Wer sei eigentlich der Inhaber der Autorität? Ein Reichstag, der noch im ersten Freiheitsgestammel begriffen sei oder etwa Staatsmänner? Er, der Redner, wolle daran keine Kritik üben. Er wünsche dem heutigen Deutschland nur einen Thiers. Man habe das Paradoxe erlebt, daß Deutschland, weil es nicht bezahlen wolle, sich selbst zugrunde richte. Frankreich sei genötigt gewesen, in das Ruhrgebiet einzurücken, um sich bezahlt zu machen. In dem Augenblick, wo die französische Fahne sich entfaltet habe, seien alle Franzosen hinter die Regierung getreten, wie er es in der Kammer ausgesprochen habe, welches auch ihre persönliche Auffassung sein möchte. Frankreich sei mit dem Höchstmaß von Milde zur Westung geschritten, und hervorragende Amerikaner und Engländer ließen ihm Gleichgültigkeit widerfahren. Deutschland solle sich nicht einbilden, daß es Frankreichs Entschluß rückgängig machen könnte. Frankreichs Leben sei ein normales Leben, während Deutschland seine produktivsten Provinzen eingekerkert habe. Deutschland habe das Wort Niehsches vergessen: Das Beste am Siege ist, daß es dem Sieger die Furcht vor der Niederlage nimmt. Loucheur fährt fort, Frankreich habe der Brüsseler Konferenz die Bedingungen unterbreitet, unter denen es das Ruhrgebiet wieder zu räumen geneigt sei, und diese Bedingungen seien sehr vernünftig. Er, Loucheur, für seinen Teil habe jedoch noch etwas anderes im Auge, als die Reparationsfrage, das sei die Sicherheit Frankreichs. Der englisch-französisch-amerikanische Garantiepakt sei nicht ratifiziert worden. Es bedürfe also nunmehr einer anderen Lösung. Gleichzeitig mit der Ruhrfrage müßte diese Frage der Sicherheit Frankreichs erörtert werden; die rheinischen Provinzen müßten von Preußen losgelöst werden. Aber es sei ein Fehler, wenn man diese Provinzen wirtschaftlich und politisch von Deutschland trennen wolle. „Die öffentliche Meinung der Welt“, schloß Loucheur, „beginnt zu begreifen, daß Deutschland die Grenzen des Mangels an gutem Willen überschritten hat und daß der Friede sich nur durch die Sicherheit Frankreichs verbürgen läßt. Frankreich trachtet nach keiner Vorherrschaft und es will natürlich auch keine Vorherrschaft selbst erdulden.“

Verhaftung von Geiseln in Essen.

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag wurde gegen 2 Uhr in der Nähe des Essener Hauptbahnhofes, der von den Franzosen besetzt ist, eine französische Militärperson erschossen. Nach Mitteilungen eines Augenzeugen soll es sich dabei um einen Offizier handeln; die näheren Umstände der Mordtat sind infolge der Ausschaltung der deutschen Behörden durch die Franzosen noch nicht geklärt. Jedenfalls aber geriet infolge dieses Vorfalls die Befragung — bei der es sich um Truppen handeln soll, die vor einigen Tagen von Euer nach Essen verlegt worden sind — in einen Zustand von Anarchie. Alle Zivilpersonen, die den Soldaten in die Hände fielen, hatten Schlimmes zu erdulden; besonders die Kraftfahrer der auf dem Bahnhofsbahnhof stehenden Automobildroschken wurden in der schrecklichsten Weise mißhandelt. Eine Eisenbahnerfamilie, die trotz der Besetzung des Hauptbahnhofes noch in ihrer dort befindlichen Dienstwohnung geblieben war, mußte diese sofort räumen. Die Verkaufsstellen im Innern des Bahnhofgebäudes wurden von den Franzosen geplündert und zerstört, im Gebäude der Eisenbahndirektion ein Zimmer gänzlich demoliert.

Gestern früh wurden der Präsident des Essener Landgerichts, Dr. Wolmer, der Direktor des Essener Bankvereins Dr. Marrian, der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Dr. Quast in seiner Eigenschaft als ehemaliger Syndikus der Handelskammer von den Franzosen als Geiseln verhaftet und in das Zuchthaus nach Werden gebracht. Nach einer Wolff-Redung hat man auch den Leiter der Essener Reichsanstalt, Beetz, und überhaupt von jeder Großbank, die in Essen ansässig ist, einen Direktor festgenommen; der stellvertretende Bürgermeister Bode sei gleichfalls von den Franzosen gesucht, jedoch nicht gefunden worden.

Auf dem Ausgangsbahnhof des Ruhrreviers, Scharnhorst, wurden die aus der Richtung Hamm kommendenzüge — augenscheinlich wegen der in Hamm veranstalteten offiziellen Ruhr-Rundgebung — von den Franzosen einer sehr strengen Kontrolle unterzogen; die Reisenden mußten sich einer gründlichen Selbstinspektion unterwerfen. Einzelnezüge wurden durch die Kontrolle fünf Stunden lang festgehalten.

Buer.

Im Keller des Gymnasiums in Castroj werden nicht weniger als neun deutsche Journalisten gefangen gehalten. Die meisten von ihnen sind verhaftet worden, weil sie über die Vorgänge in Buer Meldungen verbreiteten, die den Franzosen mißfielen. Die Franzosen stellen auch Nachforschungen darüber an, aus welcher Quelle die fraglichen Nachrichten stammen. Für Montag ist eine Kriegsgerichtsverhandlung angesetzt worden, in der sich die deutschen Journalisten wegen der Beschuldigung, unrichtige Nachrichten verbreitet zu haben, zu verantworten haben werden, was General Degoutte in einer seiner letzten Verordnungen mit schweren Strafen bedroht hat.

Das Verhalten der Befragung in Buer ist jetzt derart, daß nunmehr auch die Kriminalbeamten, die von den Franzosen

nicht ausgewiesen worden sind, löten Dienst eingestellt haben, da sie wegen der dauernden Übergriffe der Franzosen nicht mehr zu arbeiten vermögen.

Nach einer viel erzählten Legende soll ein französischer Offizier in Buer sein Pferd von einem Esel beschlagen lassen haben und als Dank habe er die Gefälligkeit mit einem Schlag ins Gesicht belohnt. Darauf habe der Esel dem Hammer genommen, dem Franzosen damit den Schädel zertrümmert, habe sich auf dessen Pferd gesetzt und sei auf und davon geritten.

Abgesehen davon, daß diese Legende, die nach Ton und Ausdruck den „Schwabenstreichen“ ähnelt, ein minderwertiger, sinnloser verheißender Mythos ist, ist nirgends etwas derartiges vorgekommen. Gerade vom Ruhrgebiet aus hat man sich gegen derartigen verbreiteten Unsinn gewandt. Man sagt dort, es sei doch so vieles Krautige und schwer zu Tragende wahr, daß man nicht begreifen könne, wozu Übertreibungen und Erfindungen, die die ehrliche und genaue Berichterstattung begleiten, in gewissen Zeitungen gebracht werden. Die sentimentale Geschichte vom dem Hufschmied von Buer schuf im Ruhrgebiet viel Ärger, weil kein Wort davon wahr ist. Und trotzdem wurden Gedichte veröffentlicht, die Frankreich auf seine Art ausschalten kann.

Französische „Betriebssicherheit“.

Die Franzosen haben sich mit der Übernahme des Bahnverkehrs im besetzten Deutschland eine Aufgabe gestellt, die sie nicht bewältigen zu können scheinen. Jedemfalls führten in Ludwigschafen vergangene Woche französische Eisenbahner den ersten Frühzug statt nach Egersheim in das Städtische Gaswerk hinein und übernahmen dort vier geladene Waggons. Die Waggons liegen aufeinander gestürzt. Die Lokomotive ist stark beschädigt. Der Gesamtschaden bedeutend. Die mechanischen Kohlenförderungsanlagen des Gaswerks sind vollständig außer Betrieb gesetzt, so daß das Gaswerk auf Tage hinaus die Gasabgabe wesentlich einschränken muß. Abgesehen hat die Reichsbahn ein eigenes, dem Reiche gehöriges Gaswerk, das jetzt auch die Franzosen betreiben wollen. Ein französischer Offizier suchte es dieser Lage zu revidieren; er wurde dabei auf eine bis jetzt noch nicht näher bekannte Art sehr schwer verletzt. Im Ludwigschafener städtischen Krankenhaus ist er nunmehr seinen Verletzungen erlegen.

Am 16. März, 9 1/2 Uhr abends, entgleiste bei der Ausfahrt aus dem Kölner Personenbahnhof nach Krefeld ein französischer Probierzug. Fünf Güterwagen wurden beschädigt, davon drei vollständig zertrümmert. Die Ein- und Ausfahrt nach Düsseldorf durch den Viehbahnhof, sowie nach Krefeld ist gesperrt. Die Aufräumarbeiten beanspruchten längere Zeit. Über die Zahl der Verletzten ist nichts bestimmtes bekannt geworden. Der Materialschaden ist sehr erheblich.

Ein neues Eisenbahnunglück. In der Nähe von Priemersheim hat sich auf der von den Besatzungsstruppen betriebenen Strecke ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein Militärtransportzug, in dem Kavalleristen mit ihren Pferden befördert wurden, stieß auf einen leeren Güterzug. Der Anprall war so heftig, daß sich die Eisenbahnwagen etwa 8 Meter übereinander türmten. Eine Anzahl Soldaten und, wie verlautet, einige deutsche Arbeiter, die sich von den Franzosen hatten anwerben lassen, sowie viele Pferde wurden getötet bzw. verletzt. In den Kruppschen Baracken in Rheinhafen sind Tote und Verwundete untergebracht worden. Von der Besatzungsbehörde sind am Orte des Unfalls umfangreiche Werbungen vorgenommen worden, so daß es schwer ist, Einzelheiten über das Unglück zu erfahren.

An die Kaufmannschaft des westdeutschen Einbruchgebietes.

In dem unter dem Vorsitz des Herrn Präsidenten Franz v. Wendelssohn tagenden Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages berichteten die Herren Geheimrat Dr. Hagen-Köln und Kommerzienrat Dr. Neusch-Duisburg über die Verhältnisse im besetzten und Einbruchgebiet des Westens und konnten erhebliche Einzelheiten über die sadistischen Exzesse der Bevölkerung aber auch erhebende Einzelheiten über die Haltung der Bevölkerung mitteilen. Es wurde mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Ausgang des Kampfes an der Ruhr und am Rhein nicht zum wenigsten von der Festigkeit des unbesetzten Deutschland abhängt und daß jeder einzelne Deutsche im unbesetzten Deutschland bereit sein muß, den materiellen Opfer auch in seinem Geschäftsbetrieb für den Entscheidungskampf zu bringen, in dem Deutschland steht. Die Aussprache schloß mit der Abgabe folgender Erklärung:

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages versichert das gesamte besetzte und Einbruchgebiet, daß die Gewerkschaften Deutschlands fest hinter der leidenden

Bevölkerung des Westens stehen und daß die zahlreichen durch nichts zu rechtfertigenden Rechtsbrüche, Brutaltaten und Verbrechen der Franzosen und Belager die vaterländische Front nur immer fester schließen. Die ungeheuren Verluste, die dieser Kampf kostet, müssen von allen Teilen Deutschlands getragen werden. Der Ausschuß erwartet, daß im geschäftlichen Verkehr mit dem besetzten Gebiet die weitgehendste Rücksicht auf Kreditgewährung und Lieferungsbedingungen genommen wird und daß die Unternehmungen und Gemeinden des Westens bei der Aufrechterhaltung der Betriebe und Schaffung von Beschäftigung finanziell im stärksten Maße unterstützt werden.

Der Ausschuß fordert schließlich eine schärfere Bekämpfung des von neuem gegen uns eröffneten Lügenfeldzuges und eine besser organisierte Propaganda für unsere gute deutsche Sache. Deutschlands Widerstand wird dauern, bis die Westgebiete frei vom feindlichen Druck unter der alten deutschen Verwaltung die friedliche Arbeit wieder aufnehmen können.

Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht.

Die vierte Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, welche am 13. März in Leipzig begonnen hat, ist vergangenen Freitag mit einem Empfang im großen Saal des Gewandhauses unter Teilnahme zahlreicher geladener Gäste geschlossen worden.

Die 4. Jahresversammlung fand unter dem Vorsitz des Geheimen Justizrates Prof. Dr. Remeier-Kiel und unter dem Ehrenvorsitz des bekannten deutschen Staats- und Völkerrechtlers Geheimrat Prof. Dr. Barni statt.

Sichtlich der Frage der Ruhrbesetzung gelangte die Vollversammlung aus etwa 60 Sachverständigen bestehend, zu folgender Niederschrift:

1. Wenn die Reparationskommission nach §§ 17 und 18 der Anlage II hinter Artikel 244 des Versailler Vertrages eine vorläufige Nichterfüllung von Reparationsverpflichtungen feststellt, so könnten Zwangsmaßnahmen ergreifen werden, — jedoch immer nur kraft einstimmigen Beschlusses aller derjenigen alliierten und assoziierten Regierungen, die das Recht haben, in der Reparationskommission vertreten zu sein. In diesem einstimmigen Beschluß steht es.

2. Nach dem bezeichneten § 18 steht es den alliierten und assoziierten Mächten zu, finanzielle und wirtschaftliche Sperren- und Zwangsmaßnahmen anzuwenden, oder andere Maßnahmen ähnlicher Art zu ergreifen, soweit solche von den Regierungen der betreffenden Mächte („Governments respectives“) für erforderlich erachtet werden, („pourront estimer necessitês“). Aber die Entscheidung hierüber steht lediglich der Gesamtheit der Mächte zu.

3. Der § 18 spricht zunächst von finanziellen und wirtschaftlichen Sperren- und Zwangsmaßnahmen. Die dann folgende Generalklausel kann sich nur auf Maßnahmen verwandter Art beziehen. Frankreich und Belgien sind jedoch mit militärischer Macht in deutsches unbesetztes Land einmarschiert. Zugleich zwingen sie dem Lande links des Rheins eigenmächtig eine neue Ordnung auf.

4. Als „Garantie“ der völligen Ausführung des Versailler Vertrages hat Teil XIV die Befestigung des linken Rheinufers vorgeesehen und damit die Möglichkeit eines erlaubten Eingriffs in die deutsche Gebietshoheit erschöpfend geregelt. An keiner anderen Stelle des Versailler Vertrages, insbesondere nicht im Artikel 248, ist eine rechtliche Handhabe für eine andere Anstaltung des linken Rheinufer gegeben.

5. Jede Verletzung auf geschichtlich bekannte Repräsentationen wird durch die erscheidenden Bestimmungen des Versailler Vertrages unter allen Umständen ausgeschlossen. Allerdings wird der französisch-belgische Einbruch auch unter dem Gesichtspunkt der Repräsentation nicht gerechtfertigt werden können, da der angewandte Zwang nach Art und Maß in keinem Verhältnis zu den behaupteten geringfügigen Verletzungen Deutschlands steht.

Das französisch-belgische Vorgehen stellt sich nach alledem als eine schwere Verletzung des Versailler Vertrages und des Völkerrechts dar. Das Recht wird zur Erfüllung maßvoller Zwangsmaßnahmen mißbraucht.

Dieser Beschluß wurde bei dem feierlichen Empfang im Gewandhaus bekannt gegeben.

Prof. Wendelssohn-Bartoldy beleuchtete die ethischen Impulse des Völkerrechts und führte berühmte französische und englische Rechtsgelehrte als Kronzeugen dafür an, daß die Gewaltlosigkeit der Franzosen die Grundpfeiler des Rechtes untergrabe. Der deutsche Kampf gebe um etwas Höheres als Gleichheit zu sein, um Höheres als die Befreiung von den Lasten, die uns drücken. Deutschland ringe um Gerechtigkeit. Es gebe um den letzten Sinn des Völkerrechts, um die Form, in der die Völker miteinander leben wollen. „So sehr wir im Dunkeln gehen“, so schloß er seine Ausführungen, „wir sehen doch ein Licht, das Licht des Bergarbeiters an der Ruhr, der gewohnt ist, im Finstern zu gehen, dessen Hand aber hart und fest ist. Millionen von Volksgenossen stehen hinter ihm.“

Landestheater.

Meister Guido.

Nach größerer Unterbrechung und mancher Abfrage ging am Sonntagabend vor schlecht besuchtem Hause Hermann Roetzels komische Oper „Meister Guido“ wieder über die Bühne des Landestheaters mit Cortolegis und Busfard als musikalischen und szenischen Leiter. Den wiederholten Hervorruf verdankt der Komponist vor allem der außerordentlichen Leistung Frau von Alpenburg-Eberbads und Willy Zillers, die mit großem Anteil die Partien der Grafentochter Amata und des Malers Guido durchführten. Der von sich aus schon „langweiligen“ Gräfin Ricarda blies Hildegard von Fabel wenig Odem ein und konnte über eine stimmliche Indisposition und unangenehm flache Stimmlage nicht hinwegtäuschen. Kubaconte sang Herr Raly-Motta an Stelle des Herrn Lorenz, Herr Büttner, wie in der Aufführung, den Grafen Durante — gefänglich wie immer stark, in der Rolle verkehrt — ebenso behielt H. Mosel-Lomisch die Rolle der liebeslustigen und raschläufigen Kammerzofe bei. Besondere Hervorhebung verdient Herr Walter Barth als nicht wenig besoffener Weinwirt Bonifacio in einer bestenlesenen Komik und der affektierte Florentiner Ubaldo des Herrn Dr. Wucherpfennig bei ausgezeichnete prägnanter Darstellung.

Man muß dem Werk geteilt gegenüberstehen. Geschicht komponierte und in der Einzelsituation nicht unwirksame Auftritte verblüffen. Der dritte Akt ist musikalisch am meisten vertieft und in der Gesamtstruktur ein guter Wurf, der sich hören und sehen lassen kann. In den übrigen Akten bringt jeweils der Chor musikalische Höhepunkte. Sonst aber kann Hermann Roetzels nicht über Banalitäten, über Operettenhaftes hinwegtäuschen. Meist bleiben sowohl Musik als Dichtung im rein äußerlichen Stecken, wenn auch solche Effekthasereien, wie im 2. Akt das Streichquartett der drei Violon und des Cello im Saal der Villa Galantara — „Draußen

herliche Sommernacht“ — oder der „Park der Villa Galantara, prachtwolle Nacht, der weite mächtige Prospekt ist von herrlichem Mondendämmer (?) erfüllt“ sicherlich auf ein Courts-Mahlergemüt wirken muß, dazu ein plätschernder Springbrunnen, fliehende Musik, ein Liebespaar auf der launigen Bank, Kuppeln mit Musikbegleitung „ppp con delicate“. Schließlich besingt Meister Guido in der D-dur Arie tutta espressione („breitet die Arme aus, im höchsten Überschwang der Empfindungen“) die herrliche Sommernacht mit dem Bekenntnis: „O Frühling, nacht, du hast mich bezaubert.“ und andere Schläger des Dichtertourenisten mehr.

Im Zuschauertraum war es stark Herbst, sah blieben trotz Roetzels persönlichem Erscheinen — auch vor der Rampe — die Reichen im Parkett, in den Rängen und Logen. Das gibt immerhin zu denken. A. H.

Karlsruher Konzerte.

Seitdem Hans Pfitzner uns die Entstehung der Missa Papae Marcelli in seiner musikalischen Legende so ergreifend — als künstlerisches Selbstbekenntnis zugleich — geschildert hat, erfüllte sich die durch das Tridentiner Konzil 1668 geschaffene Atmosphäre wieder zunehmend mit neuen beachtenswerten Auseinandersetzungen über die im Zusammenhang der Geistesgeschichte überhaupt so wichtige und gerade an diesem Werk stark dokumentierte Wendung von der komplexen Gemeinlichkeit des frommen Mittelalters zur betonten Einsamkeit der Renaissance; auch für den Schöpfer der Messe, Giovanni Pierluigi da Palestrina, zeigte sich in der breiteren Öffentlichkeit bald mehr als platonisches Interesse. Es ist daher ein unbedingt großes Verdienst, daß die Karlsruher Chorvereinigung die riesige Mühe der Einföhrung nicht scheute und als wertvolle Hürden unserer schwer bedrohten Chorliteratur die Originalmesse einmal zusammen mit andern Werken Palestrinas zu einer abendfüllenden Aufführung brachte. Man weiß, daß der heilige Streit um die Reform der Kirchenmusik durch diese bald 3. und 4., bald 6.

Kurze Nachrichten.

• Briefpostverbindungen nach Spanien und Portugal. Infolge der durch den Einbruch französisch-belgischer Truppen in deutsches Gebiet hervorgerufenen Störungen im Eisenbahnverkehr sind von Seiten der Postverwaltung Maßnahmen getroffen, um für die Briefpostbeförderung nach Spanien und Portugal mehr als bisher den Seeweg über Hamburg oder Bremen nutzbar zu machen. Demzufolge können gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen für die genannten Länder fortan außer, wie bisher, mit den Dampfern der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffs-Reederei auch mit den Schiffen der Hansa-Linie, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der Stinnes- und Artus-Linie, der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und des deutschen Afrika-Liniens befördert werden. Die Sendungen nach Spanien müssen den in die Augen fallenden Vermerk „über Hamburg auf dem Seeweg“ bz. bei den von Bremen abgehenden Schiffen „über Bremen auf dem Seeweg“, diejenigen für Portugal den Vermerk „über Hamburg auf dem Seeweg“ tragen. Die auf dem Seeweg abzusendenden Posten nach Spanien und Portugal werden von den betreffenden Schiffen in Lagos, La Coruna, Oporto und Lissabon gelandet. Die schnellfahrenden Schiffe legen die Reise nach La Coruna in 4 bis 6, nach Lissabon in 5 bis 6 Tagen zurück. Das Reichspostministerium nimmt an, daß die Maßnahmen den mehrfach geäußerten Wünschen der Handelswelt Rechnung trägt.

Briefsendungen nach Spanien und Portugal, die nicht mit dem angegebenen Vermerk versehen sind, werden nach wie vor über Frankreich befördert. Sie nehmen seit Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs in der Rheinpfalz von Frankfurt aus den Weg über Wühl und Keßl nach Straßburg.

Badischer Landtag.

Das Ministerium des Innern im 3. Nachtag.

Gößere Beiträge sind zur Unterstützung gemeinnütziger Anstalten eingestellt, über welche sich der Haushaltsausschuß schließt zu machen hatte. Es werden an die mit der Ausbildung und Unterhaltung von Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger besetzten Anstalten und karitativen Verbänden 20 500 000 M. gegeben, an notleidende Kranken-, Erziehungsanstalten, Altersheime und ähnliche Einrichtungen 14 000 000 M., für die Anstalten in Reesbach, Kork und Hertel zusammen 4 500 000 M., als außerordentlicher Beitrag an den bad. Krankenverein 7 Millionen, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten 2 Millionen. Hier wurden zu den bisher bestehenden Beratungsstellen weitere solcher gemeinnütziger Anstalten gefordert.

Der Haushaltsausschuß genehmigte diese Beiträge und erhöhte den Kosten Aufwandsbeitrag der Wahnausschüsse von 100 000 auf 500 000 M. Bei der Besprechung der Ausgaben für die Hebammenhäuser in Donaueschingen, teilte der Minister des Innern mit, daß erwegen werde, in Karlsruhe, im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus eine Hebammenkademie zu errichten. Damit waren im wesentlichen die Positionen des Ministeriums des Innern beraten, sie wurden sämtlich vom Haushaltsausschuß bewilligt.

Eine Petition der Landwirtschaftskammer ersucht um einen Zuschuß in Höhe von 180 Millionen M. Da die näheren Unterlagen fehlen, lehnt der Sprecher der Sozialdemokratie den Zuschuß ab und ist lediglich mit einer Prüfung einverstanden. Der Berichterstatter beanstandet, daß die Eingabe erst heute eingeht. Ein Vertreter des Zentrum sieht darin eine Mißachtung der Staatsbehörde und des Landtags. So große Forderungen könnten nicht ohne jede Unterlagen zwischen Kammer und Regierung bewilligt werden. Es sei nun schon mindestens zum zweiten Male, daß dies vorkomme. Schuld und Verantwortung dafür trage die Landwirtschaftskammer, die erst heute das Gesuch einbrachte, nachdem gestern Abend die Fraktion auseinandergegangen ist. Ohne die Fraktion zu hören, sei eine Stellungnahme nicht möglich.

Ein anderer Vertreter des Zentrum betont, daß es seinem Eingreifen tags zuvor zu danken sei, daß überhaupt die Eingabe der Landwirtschaftskammer noch einging. Er bemängelt jedoch das gespannte Verhältnis zwischen Landwirtschaftskammer und Innenministerium. Von einem demokratischen Redner wird dieses Verhältnis zwischen Ministerium und Landwirtschaftskammer ebenfalls kritisiert; er ist des weiteren der Meinung, daß die Landwirtschaftskammer ebenso wie andere Berufsvertretungen sich selbst helfen solle. Ohne daß das Staatsministerium um Antrag der Landwirtschaftskammer Stellung genommen habe, könne keine Partei sich nicht binden. Ein Landtagsabgeordneter, der zugleich für den Antrag der Landwirtschaftskammer die Verantwortung trägt, sucht die Gründe für die verspätete Einreichung des Antrags zu rechtfertigen mit der infolge des Einmarsches der Franzosen in Baden nötig gewordenen raschen Einberufung der Landwirtschaftskammer. Das gespannte Verhältnis zwischen Regierung und Landwirtschaftskammer führt er nicht mit Unrecht auf

und stimmige Messe mit der Rehabilitation des musikalischen Zeremonienmeisters am päpstlichen Hof endigte, daß fortan vom Mittelpunkt des italienischen Musiklebens ward, daß das goldene Zeitalter der Kirchenmusik anbrach. Aber damit ist die eigentliche Bedeutung des Palestrinastils nicht erschöpft. Diese liegt vielmehr darin, daß Palestrina die Homophonie in das bisher unbereitete Gebiet der „barbarischen“ Polyphonie hinausführte und somit in jener glänzenden Periode des „Capella-Stils“ des 16. Jahrhunderts ein Gegenstück schon zur viel späteren Erweiterung der Diatonik durch die Chromatik, z. B. schuf, ja wenn man will, einen ähnlich gegensätzlichen Weg beschritt, wie ihn heute das atonale gegenüber dem tonalen Prinzip verfolgt. Das ist, was seinen Werken — auch den von der Kunst der Niederländer stark abhängigen Motetten — ihren zeitlos profilierten Charakter, ihren allgemeinen Gegenwärtigkeit weit über das Kirchlische hinaus sichert. Natürlich bleibt trotzdem die Kirche der einzig richtige Ort zur stimmungsvollen Aufführung und es muß der in der Chorgemeinschaft zusammengeschlossenen Vereine, dem Wachverein und dem Lehrgesangverein, besonders gedankt werden, daß sie die Aufführung in der dafür vor allem prädestinierten Stephanskirche ermöglichen konnten u. damit dem Werk seinen ebenso starken religiösen Zug wahren. Die Ausdrucksstärke ihrer Interpretation war (abgesehen von einigen chordechnisch recht defekten Tenoreinsätzen) teilweise hervorragend, ein bezauberndes Zeugnis des aufgewandenen Fleißes und der liebevollen Vertiefung in eine dem modernen Durchschnittschor immerhin sehr fern liegende und fremde Materie. Freilich hatte der gemischte Chor in Prof. H. R. Schmid den für solche ungewohnten Aufgaben berufenen Leiter und sicheren Führer, von dessen energischer Ton- und Klangbildung der Chormasse man sehr berechtigterweise erneute Gipfelleistungen erwarten darf. Störend beeinträchtigte einzig der inarrende Ton des vollen und dazu noch verkümmerten Orgelwerkes den sehr günstigen Gesamteindruck, sodas die von Prof. Schmid komponierten Verbindungsstücke und stilistisch angepaßten Orgelstudien in der Darbietung des Chorleiters Heinrich Hart nicht zur vollen Geltung kamen. Ein stattlicher Jubelchor füllte den weiten

seiner eigenen Agitation gegen Gesetz und Staatswille zurück.
Der Minister erklärt, daß der bereits bewilligte Zuschuß
selbstverständlich bewilligt werde, die Frage sei, ob die Er-
höhung bewilligt werden könne. Das Verhältnis zwischen Re-
gierung und Landwirtschaftskammer sei allerdings zurückzuführen
auf die gegen das in Kraft getretene Getreideumlage-
gesetz eingeleitete Agitation. Der Vorsitzende der Landwirt-
schaftskammer habe doch wissen müssen, daß sowohl der ba-
dische Landtag wie die badische Regierung alles getan haben,
um das Soll der auf Baden entfallenden Umlage herabzu-
setzen.

Das Justizministerium

Hat im Nachtrag u. a. angefordert als Zuschüsse an nicht-
staatliche Erziehungsanstalten für Jugendfürsorgeeinrichtungen 30
Millionen und für die Fürsorgeanstalten in Fickingen und
Einsheim als Nachforderung zusammen 15 Millionen.
Der Berichterstatter Abg. Marum, verwies auf die große
Steigerung der Einnahmen bei den Justizgefällen, von 28 auf
140 Millionen, hervorgerufen durch die Möglichkeit der Er-
tennung von hohen Geldstrafen; er beantragt, daß bei dem
Gesetz, die unumkehrige Bezahlung der sog. Armenanwälten
betr., die Länder die Kosten zu tragen hätten, und man jetzt
auch dazu übergehe, an Stelle der zu bezahlenden Rechts-
anwälte für die Rechtshilfe an armen prozeßführenden Ge-
richtsschreiber usw. zu bestimmen. Der Justizminister erklärt,
er billige das nicht.
Weiter ist noch die Änderung des Gerichtsverfahrens am
15. Februar in Kraft getreten, wonach der Staat erst dann
mit der Rechtspflege einsetzt, wenn er einen Vorstoß erhalten
hat. Auch dieses Gesetz werde für den Staat gut wirken.
Auf die Anfrage eines volksparteilichen Abgeordneten wie
die neu eingerichteten Gerichte sich bewähren hätten, befragt
der Justizminister diese Frage; die Gerichte hätten bewächten
sich.

Badische Übersicht.

Ein neuer Gewaltakt der Franzosen

Wird aus Offenburg gemeldet: 5 Mitglieder der Gewerkschaft
deutscher Eisenbahner (Christl. Gewerkschaft), unter ihnen der
Obmann der Gewerkschaft, Wiser, hatten sich gestern abend
in dem Nebenzimmer einer Offenburger Wirtschaft zu einer
Besprechung über Gewerkschaftsangelegenheiten zusammen-
gefunden. Nach ehe die Besprechungen beginnen konnten,
erschieden französische Gendarmen in dem Nebenzimmer und er-
klärten die Anwesenden für verhaftet. Hieraus begaben sich
die Gendarmen in die Wohnung des Obmanns der Gewerkschaft,
Wiser, und nahmen die Privatgelder Wisers, die Gewerkschaftsbeiträge,
sowie die Korrespondenz der Gewerkschaft an sich. Der Obmann Wiser sowie
ein anderes Mitglied der Gewerkschaft wurden in Haft be-
halten, die übrigen wieder freigelassen.

Vorsicht bei Ferngesprächen mit dem besetzten Gebiet.

Die Franzosen sind dazu übergegangen, in deutschseits
betriebene Fernspreleitungen nach dem unbesetzten Gebiet
geheimliche Abhörvorrichtungen einzuschalten, um auf diese Weise
Gespräche zu belauschen und für ihre Zwecke nutzbar zu machen.
Zur Wahrung der allgemeinen deutschen und der persönlichen
Interessen der Fernsprechteilnehmer ist daher bei Führung von
Dienst- und Privatgesprächen mit dem besetzten Gebiet Vorsicht
geboten. Die Gesprächsreferenten tun gut, ihren Mitteilungen
eine Form zu geben, die es den Franzosen unmöglich macht,
den Inhalt der Gespräche zu verstehen, oder auf Grund des
Erläuterten etwa gegen irgend welche Personen im besetzten
Gebiet einzuschreiten.

Die Lage in Mannheim.

Die von den Franzosen im Mählhofen festgenommenen
zwei Schupobeamten in Zivil sind nach Feststellung ihrer Per-
sonalien sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die
Melbung, wonach die beiden Beamten nach Ludwigshafen ver-
schleppt wurden, entspricht nicht den Tatsachen. Innerhalb des
besetzten Hafengebietes wurden am Samstag bei der Expedition
firma Lassen drei Lastautos mit Waren, die der Firma zur
Belieferung übergeben worden waren, beschlagnahmt. Die
„Teufelsbrücke“, die sich innerhalb des besetzten alten Mann-
heimer Hafengebietes befindet und welche die Verbindung der
Zweigen der von der verlängerten Jungbushofstraße mit dem
alten Hafengebiet über den Verbindungskanal herstellt, ist von
den Franzosen durch Aufbrechen der Brücke für den gesamten
Fuhrwerksverkehr gesperrt worden. Der Fußgängerverkehr
vollzieht sich auf der Überführung der Brücke. Die Ursache der
Brückensperrung liegt vermutlich, wie der Mannheim-„General-
Anzeiger“ berichtet, an dem Zurückziehen der französischen

Wochenraum bis auf den letzten Platz. Während es Prof.
Schmid tatsächlich gelang, das Publikum mit dem musikalischen
Geist Palestrinas zu fesseln, ohne den eine Wirkung seiner
Werte kaum möglich ist, kam ähnliches nicht heraus bei einer
zweimaligen Wiedergabe von A. Schumanns Oratorium „Das
Paradies und die Peri“ das Musikdirektor Karl
Wier mit dem Singchor und dem Orchester der
Hantochschule vorbereitete hatte. Schumanns
Romantik geht ja freilich in ihren letzten Wurzeln auf
auf die alten Meister des Madrigals zurück, die ebenfalls schon
für Gefühlsmäßiges reichlich Chromatik herangezogen, aber
man muß doch sagen, daß uns Deutschen derlei gefühlvoller
Überhöhung zu einer recht primitiven Textunterlage sel-
tamer annimmt als jene lässige Kunst, deren positive Auftriebs-
kraft der stärkere Magnet bleibt. Auch die Voraussetzungen der
Aufführung selbst waren ganz andere: Ein rein ergötzliches
Moment stand dabei stark im Vordergrund. Seiner eminent
wichtigen Bedeutung wegen wird auch die Kritik die Wahl des
Werkes trotz seiner Vergänglichkeitscharaktere sanktionieren müs-
sen, dabei jedoch betonen dürfen, daß eine andere ungezügeltere
jüngere Schöpfung geeigneter gewesen wäre für die
guten Absichten, welche die Veranstaltung ohne Zweifel verfolgte.
Die im ganzen weder technisch noch pädagogisch vollkom-
menen Gesamtkräfte taten aber mit unermüdlichem Eifer ihr
Bestes, um im Verein mit dem stimmlich besser qualifizierten
Solistenquartett (die Damen Käbele und Braun, die Herren
Schätz und Lang) die Wiedergabe auf relativ adäquater
Höhe zu halten.
Ein gut disponiertes Programm einiger Lehrkräfte
des badischen Landeskonseratoriums und zu einem
„Mitternachtskonzert“, der wohl mehr als eine
opportunistische Verbeugung vor der größtenteils
des Barock sein sollte, wenigstens deutete darauf die mit
erfreulicher Zielbewußtheit getroffene interessante und sorgfältige
Auswahl. Frau Helene Junkers schöne umfang-
reiche und ausgiebige Sopranstimme offenbarte wiederum
Sicherheiten, die nicht oft besaßen sind, und zeigte auch
ein gewisses musikalisches Anpassungsvermögen an den mitunter

Wache, die am Samstag mittag ihr sämtliches Wachinventar
aus ihrem Quartier an der Teufelsbrücke abholte. Französische
Posten stehen jedoch noch an der Brücke.

Sonntag abend um 5 Uhr gab es in der Redaktions-
kammer einen Kesselaufschlag. Zwei Frauenpersonen, die sich zu den Fran-
zosen in die Hildeschule begeben hatten, wurden durch deutsche
Beamte herausgeholt. Eine vieltausendköpfige Menge stand
vor der Schule und beschimpfte die beiden Mädchen, die es
nur ihrer Bedeckung zu danken hatten, daß der Richter „Lynch“
nicht in Tätigkeit trat. Bei dem Verbringen nach der R 1-
Wache zog eine große Menschenmasse hinterher und gab ihrer
Entrüstung Ausdruck. Auch vor dem Nachtlokal in R 1
hatte sich eine Menschenmenge angeammelt, die sich erst nach
und nach zerstreute.

Die Franzosen haben die bisher von ihnen besetzte Zugen-
bergstraße geräumt und sich dafür in einem Neubau in der
Differenzstraße 8 einquartiert. Ebenso wurde der im gleichen
Quartier gelegene Wasserturm geräumt.

Birtenschreiben d. Freiburger Erzbischofs.

Erzbischof Karl in Freiburg hat ein Birtenschreiben erlassen,
das sich zunächst gegen die Kriegsschuldfrage wendet und in dem
es dann nach einer Schilderung des französischen Vorgehens
an der Ruhr u. a. heißt:

„Wie der Friede vorgezeichnet, hat das deutsche Volk die
Waffen abgeliefert und ist dadurch gegen jeden Angriff von
außen wehrlos geworden. Die Schonung der Wehrlosen ist
Pflicht und nach Sitte und Recht und unter Kulturbölkern als
selbstverständlich stets geübt worden.
Militärische Waffen sind nicht das Recht, und die militärische
Übermacht kann das Unmögliche nicht möglich machen und er-
zwingen. Wo sind die Staatsmänner, die endlich den Elend
des wahren Friedens vorantreiben und die beteiligten Schwere-
leidenden Staaten an den Verhandlungstisch rufen, damit in
ausgleichender Gerechtigkeit und echter Menschenliebe zur Be-
seitigung der Kriegsschäden die gegenseitigen Forderungen ge-
prüft und ausgeglichen und die möglichen Leistungen nach der
Kraft der Völker festgestellt werden?
In diesen schweren Tagen müssen wir uns von Worten und
Taten freihalten, die unsere Lage nicht bessern, sondern ver-
schlimmern würden. Haß und Verachtung des Gegners dürfen
nicht in die Seele des wahren Christen ihren Einzug hal-
ten. Seien wir ernst und besonnen im Reden und Handeln
und betätigen wir nach außen jene Gesinnung, die ebensovohl
von Selbstüberhebung, Draufgängererei und Unrecht, wie von
Mutlosigkeit, Verzweiflung und Unwürdigkeit weit entfernt ist.“

Unterbringung Ausgewiesener in den Schwarzwaldhotels.

In einer Konferenz der Ortsausschüsse des deutschen Ge-
werkschaftsbundes und der Kartelle der Christlichen Gewerks-
schaften des Schwarzwaldes wurde, wie die „R. Bad. Landes-
zeitung“ berichtet, eingehend die Fremdenverkehrsfrage bespro-
chen und beschlossen, den Minister des Innern zu ersuchen, für
dieses Jahr den Fremdenverkehr strikte zu untersagen und für
den Fall der ministeriellen Zustimmung zu diesem Entschluß
alle Maßnahmen zu treffen, damit diesem Standpunkt Rechnung
getragen wird. Die Konferenzteilnehmer erklärten und
legten das auch in einer Eingabe an das Ministerium des
Innern nieder, daß auch im letzten Sommer die denkbar schlech-
testen Erfahrungen mit den Fremden gemacht worden seien.

Die Arbeitnehmererschaft habe unter der von den Hoteliers
veranlassenen Preissteigerung überaus empfindlich zu leiden und
besonders die Arbeitererschaft in den Kurorten mache ein wahres
Martrium durch. Die Arbeitnehmererschaft muß bis in die
höheren Beamtenkreise ein schmales Leben führen, das unter
dem Einfluß des öffentlichen luxuriösen Lebens der Fremden
auch seelische nicht unbeeinträchtigt bleibe. Die an sich schon fast
untragbare Lage der Heimbevölkerung werde weiter dadurch
erschwert, daß die meisten Fremden an Milch, Butter, Eiern
usw. hamstern, was ihnen in die Finger kommt und jeden
Preis bezahlen. Die strenge Anweisung des Ministers, daß
die Fremden nicht hamstern dürfen, sei durch die meist indiffe-
rente Haltung der Aufsichtsorgane in den Wind geschlagen
worden. Dem Minister des Innern wird der Vorstoß ge-
macht, so zu disponieren, daß die aus Heim und Familie ver-
triebenen Volksgenossen im Kurgebiet und in Baden in den
Schwarzwaldhotels untergebracht werden. Dieser Vorstoß
liegt auch im Interesse der Bänderung der Wohnnot der
Städte und der Preiskontrolle der Gasthäuser und Hotels, de-
nen der Staat für die Ausgewiesenen bestimmte niedrig ge-
haltene Preise vorzuschreiben hätte.

Kein aktiver Reichswehroffizier bei der Affäre in Steinen.

In einer Tagesbesprechung des Birentals wurde am vorigen
Samstag im Sprechsaal die Mitteilung gemacht, daß der Offi-
zier, welcher am Grab des Dr. Winter gesprochen, kein Reichs-

wehroffizier gewesen sei, sondern ein sächsischer Haupt-
mann a. D.

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß die Meldung insofern rich-
tig ist, als der Betreffende in der Uniform eines sächsischen
Jäger-Regiments bei der Beerdigung Dr. Winters erschienen
ist und einen Kranz niedergelegt hat. Man hatte es mit lei-
dem Reichswehroffizier zu tun, sondern mit dem Major a. D.
Erich von Kirchbach, der in Tiengen, Amt Waldshut, als Be-
hauer eines Gutshofes lebt. Er stammt aus Sachsen und des-
wegen trug er die Uniform eines sächsischen Jäger-Regiments.
Erich von Kirchbach steht, wie es auch bei Dr. Winter der Fall
war, der nationalsozialistischen Bewegung sehr nahe und dieser
Umstand hat ihn jedenfalls auch veranlaßt, der Beerdigung
Dr. Winters beizuwohnen. Es ist nicht unbekannt, daß Herr
von Kirchbach auch sonst eine Tätigkeit entfaltet, die auf Wie-
derherstellung der Monarchie abzielt.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtratsitzung vom 15. März 1923.

Wettbewerb für den Siedlungsbau an der Alb. Die Gesamt-
summe der Preise ist von 330 000 M. auf 445 000 M. erhöht
worden.

Strassenbenennung. Die neue, von der Daxlander Straße
aus nach Norden ziehende Sachstraße, bisher auf den Plänen
„Industriestraße“ genannt, erhält den Namen „Oberfeld-
straße“.

Vom Stadtpark. Das Entgelt für Bootsfahrten im
Stadtpark (ohne Unterschied der Bootsgattung) wird für
Wochentag auf 60 M., für Sonn- und Feiertage sowie für be-
sondere größere Veranstaltungen auf 100 M., für jede Viertel-
stunde festgesetzt. Für Rong-, Gsel- und Kamelreiten werden
künftig 60 M., für Rongfahrten 40 M., für die Tour erhoben.
Die derzeit geltenden Eintrittspreise für den Stadtpark wer-
den vorläufig beibehalten.

Vergabung von Stiftungserträgen. Als Beihilfe zur
Beschaffung von Lehrmitteln werden für das Jahr 1923 zu-
gewendet: aus dem Zinsenertrag des Hermann Wald-
er-Stiftung einem Schüler der Gewerkschule 100 M., aus dem
Zinsenertrag der Zeit und Helene Homburger-Stiftung
zwei Schülern der Volksschule zusammen 980 M. und dem Zin-
senertrag der Michael Homburger-Stiftung einem Schü-
ler der Volksschule 880 M.

Generalversammlung der Freiwilligen Feuerwehr.

Nachdem die Kapitulationsperiode 1920/23 des Korps
abgelaufen, fand am Montag abend im großen Rathssaal
die ordentliche Generalversammlung mit Neubildung des
Korps auf weitere 3 Jahre statt. Oberkommandant Heuser
eröffnete die Generalversammlung, welcher auch Herr Ober-
baurat Sell anwohnte. Vor Eintritt in die Tagesordnung
gedachte der Vorsitzende der während der Dienstperiode ver-
storbenen Kameraden, zu deren ehrendem Gedächtnis sich die
Anwesenden von ihren Söhnen erhoben. Nach Bestimmung
zweier Protokollführer erteilte Oberkommandant Heuser dem
Adjutanten Schöbber das Wort zur Erstattung des Tätig-
keitsberichts. Am 12. April 1920 trat das Korps in eine
neue Kapitulationsperiode ein. Das Verhältnis zu der Wohn-
hoffenfeuerwehr, welche bei Übungen und Bränden in enger
Führung zu dem Korps steht, war auch in dieser Dienstperiode
ein gleich gutes. Im Jahre 1921 trat an Stelle des Ober-
musikmeisters Wiese, Obermusikmeister a. D. Schotte an
die Spitze der Feuerwehrkapelle und 1922 fand eine Rekon-
stitutionierung der Kapelle in dem Sinne statt, daß eine Anzahl
Musiker aktiv dem Korps beitraten. Im gleichen Jahre über-
nahm Adjutant Herr einen Teil der Kassenangelegenheiten des lang-
jährigen Kassiers L. Heß. Im März 1922 wurden die neuen
Fahrzeuge für die Feuerwehr (Automobilpumpe und Geräte-
wagen) in Dienst gestellt. Die Motorpumpe erhielt die 2. Kom-
panie und die Dampfmaschine die 8. Kompanie (Stabteil
Mühlburg). Die Übergabe der Ehrenzeichen für 20., 25. und
40-jährige Dienstzeit bei der Feuerwehr, gestellte sich jeweils
zu einer erhebenden Feier für das Korps. Die Feier des
75-jährigen Bestehens des Korps wurde im September 1922
im engeren Rahmen begangen. Das Hauptgewicht wurde auf
eine großzügig angelegte Übung gelegt, deren Vorarbeit an die
Mitglieder große Anforderungen stellte, aber auch bei den
Teilnehmern an der Veranstaltung allgemeinen Anlaß fand.
Auch bei auswärtigen Veranstaltungen, sowie bei Beerdigun-
gen auswärtiger Kommandanten beteiligten sich Vertreter
des Korps. Die Mitgliederbewegung im Korps war folgende:
Aufgenommen wurden 128 Mitglieder, ausgetreten sind
29 Mitglieder, darunter 25 bei der Neubildung des Korps
1920; gestorben sind 7 (darunter das Ehrenmitglied
früherer Kommandant H. Schlachter sowie der Korpsdiener
J. Seiler, der dem Korps nahezu 40 Jahre gedient hat. Aus-
gewiesen wurden 6 Mitglieder werden. Die Stärke des Korps
beträgt heute 1.—4. Kompanie 306 Mann, Musik 29 Mann.
Die Stärke der Borortfeuerwehren beträgt: Weierthelm 115

recht heißen Zeitschrift. Die diffizilen Werke begleitete Herr
Dr. Hermann Junter anheimelnd, auch Herrn Dr.
A. Wünners obligate Soloviolone legte sich gehend zur
Zurückhaltung auf. Mit den Violinen W. Mantel kam es
außerdem zu einem freigestalteten Musizieren in 2 Violin-
formen, doch tat ein überflüssiger Ausdruck in gefühlsmäßigen
Abwärtungen von Seiten des Pianisten der Mavier-Suite bis-
smol Gändels erheblichen Worts.

Das letzte Sinfoniekonzert des badischen
Landestheaterorchesters hatte seinen Schwerpunkt
in zwei Regewerken, die anlässlich der Wiederkehr des
50. Geburtsjahres mit künstlerischen Eifer und gesunder Musi-
kalität zum Vortrag kamen und gehobene lebhafteste Aner-
kennung fanden. Das Konzert im alten Stil (op. 123) sowohl
wie auch die Illervariationen sind reise Spätwerke mit
unvergänglichem Vorzügen. Besonders der Variationszyklus
repräsentiert mit enthusiastischer Inbrunst Regers' ragende
Werte, der in klarer architektonischer sorglicher Gliederung nicht
so leicht etwas an die Seite zu stellen ist. Dem erstmals ge-
spielten Konzert fehlte merklich das disziplinierte innerste Er-
lebnis, es ist etwas matt und ohne hinreichenden Zug, wie-
wohl Reges auch darin die sicheren Trümpe seiner abgeklär-
ten Scharfsinnigkeit ausspielt und dadurch auch dieses Werk in schar-
fen Gegensatz zu den problematischen Schöpfungen seiner mitt-
leren, „wilden“ Periode stellt. Von den Interpreten mit
Operndirektor Erik Cortogezis an der Spitze und den
Herren O. Waigt und Weimerhaus als Soloviolinisten
ist zu sagen, daß sie den beiden Werken zu einer fast idealen
Ausführung verhelfen, wie sie wohl den Schöpfer selbst vorge-
schwebt haben mag. Voraussetzungen verlässliche oderstrale
Vorklärten, von denen das gelbe Farnspiel des Mannheimer
Ernst Loeg, „Phantastische Achtmusik“ (op. 27)
eine sehr beachtenswerte Arbeit ist, schon ihres Schürfens nach
tieferen unterbewußten Seelenvorgängen wegen, die dieser
Werk eine ungeführte Parallele in S. Freudens wissenschaft-
lichen Betrachtungen geben. Rein musikalisch hat das Mozart
aus zarten und brillanten Farben starke Eigenprägung und,
weil es aus den tiefsten Tiefen des Seelenlebens schöpft,

auch künstlerisches Formbewußtsein und einen stark unter-
strichenen Leitgedanken. Ein Teil des Publikums beruhte
übrigens die vom Komponisten selbst dargebotene Kohlen mit
dem Spektakel einer orientalischen Ablehnung zu quittieren,
eine Tatsache, die angesichts der fraglos vorhandenen Bege-
bung und dem beträchtlichen Maß an technischem Können recht
selbstverständlich, aber eigentlich für die hochrespektable Arbeit
und ihren genialen Schöpfer spricht. Weniger Aufregung ver-
ursachten zwei Liederstücke des Schwaben Karl Diehle,
sehr saubere Leistungen einer Durchschnittsbegabung, doch
ohne persönliche schöpferische Potenz, wofür Diehle einstmals
im Flaggellanzug auch den Beweis erbrachte. Das Memen-
material ist im „Laucher“ (nach Schillers Ballade) leider gar-
nicht bedeutend, das kontrastierende Element und die Illustra-
tion im Detail allerdings gut; vielleicht hätte auch die Über-
führung „Reineke Fuchs“, noch lockerer angefaßt, stärkere Wir-
kungsmöglichkeiten gehabt. In ihr verflocht jedenfalls Diehle
sein Können in vornehmster Form zur Geltung zu bringen.
H. Sch.

* Brand im Wiesbadener Landestheater. Am Sonntag
abend ist, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, im Wiesbadener Landes-
theater kurz nach Schluß einer „Nienzi“-Vorstellung ein Scha-
denfeuer ausgebrochen. Der Brand hat hauptsächlich das
Bühnenhaus in Mitleidenschaft gezogen, das vollständig aus-
brannte und dessen Kuppel eingestürzt ist. Der Zuschauers-
raum scheint weniger beschädigt worden zu sein.
Das L.A.M. meldet aus Wiesbaden: Nach der Sonntag-
vorstellung im Wiesbadener Landestheater brach aus bisher
unbekannter Ursache Großfeuer aus, wodurch in wenigen
Stunden das ganze Theater vollständig ausbrannte. 50 Mi-
nuten nach Ausbruch des Brandes stürzte die große Kuppel
über dem Zuschauerraum mit ungeheurer Krach zusammen.
Trotz Mithilfe der Einwohnerwehr konnte von dem Käst-
senbestand nicht viel gerettet werden. Die französische Be-
satzungsbehörde ließ durch mehrere Kompanien die Brand-
stätte absperren. Das Feuer dauerte bis gegen 1 Uhr nachts.
Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Ver-
schollenen werden bis jetzt noch nicht vermisst.

Mann, Dorfanden 173, Grünwinkel 74, Br. Sinner 33, Mühlburg 164, Mühlpurr 100, Mühlheim 91, Mühlhoffeuerwehr 72. Die Feuerwehr trat während dieser Kapitulationsperiode 40mal in Tätigkeit; sie wurde verschiedentlich von einzelnen Kompanien unterstützt. Der Bericht erwähnt ferner die tatkräftige Unterstützung, welche dem Korps durch die Stadtwartung zuteil wurde; ferner das gute Verhältnis zu den kompetenten Stadtdirektoren Göttinger und Oberbaudirektor Seig von der städtischen Brandinspektion.

An den Tätigkeitsbericht schloß sich der Kassenbericht über die Korps- und Ausrichtungsarbeiten durch Adjutant B. an. Die Einnahmen betrugen 288 667,73 M.; die Ausgaben 283 656,08 M., das Vermögen hat eine Zunahme von 47 644,97 M. erfahren und beträgt 26 207,10 M. Den Kassenbericht über die Begräbnisarbeiten erstattete Adjutant B. Deß. Die Einnahmen betrugen 16 806,90 M., die Ausgaben 14 604 M. Der Vermögensstand beträgt 60 598 M. und hat eine Vermehrung von 2767 M. zu verzeichnen: Sterbefälle waren 29 zu verzeichnen. Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf Satzungsänderungen der Korpsstatuten. Es handelte sich um die §§ 4, 6, 9, 12, 21, 28 und 31. Die Änderungen waren mehr redaktioneller Natur und fanden dieselben einstimmige Annahme. Hieran anschließend wurde zu den Satzungsänderungen der Begräbnisarbeiten geschritten. Der Verwaltungsrat machte diesbezügliche Vorschläge. Der Beschluß ging dahin, daß entsprechend der heutigen Geldentwertung eine Erhöhung des Beitrages und der Leistungen eintreten müsse. Es soll daher beim Ministerium des Innern beantragt werden, daß ab 1. Januar 1923 der monatliche Beitrag 200 M. und das Begräbnisgeld 40 000 M. betragen solle. Für Neuzutretende ist eine einjährige Karenzzeit festgesetzt. Die Aufnahmegebühr unterliegt der Staffelung auf Grund des Alters. Auch dieser Antrag fand die einstimmige Annahme.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Oberkommandant Deuffer machte auf die am Mittwoch nachmittag im großen Rathhauseaal stattfindende Vergebung von Ehrenzeichen für 20., 25. und 40jährige Dienstzeit bei der Feuerwehr als auch auf die in nächster Woche stattfindenden Chargiertenwahlen aufmerksam und schloß mit dem Wunsche die ordentliche Generalversammlung, daß nur diejenigen Kameraden sich auf weitere 3 Jahre verpflichten möchten, die auch gewillt seien, ihren Dienst voll und ganz zu tun, was für den Feuerschutz unserer Stadt notwendig ist. Bis zur Rekonstitutionierung muß der Dienst von allen Mitgliedern getan werden.

* **Gegen die Milchamsterei.** Die fortwährend weiter zunehmende Milchamsterei in der Umgebung der Stadt Karlsruhe gibt dem Oberbürgermeister Dr. Finter neuerdings Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der eigenmächtige Bezug von Milch aus landwirtschaftlichen Betrieben der Umgebung verboten und strafbar ist. Weder ist der Landwirt berechtigt, die in seinem Betrieb erzeugte Milch, soweit er sie nicht im eigenen Haushalt benötigt, an andere Stellen als an die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe zur Verforgung der Stadtbevölkerung abzugeben (§ 2 der Bad. Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 20. Mai 1921), noch darf der Milchverbraucher in der Stadt die Milch, die er zu beanfordern hat, auf anderem Wege als durch die Milchzentrale der Stadt Karlsruhe aus beziehen (§ 2 und 3 der städt. Milchverordnung vom 3. 3./20. 5. 21). Wer hiernach widerrechtlich Milch unmittelbar vom Lande herbeibringt, betrügt die Kinder und Kranken in der Stadt um die ihnen zustehende Milch, die sie, solange die gegenwärtige Knappheit der Milchversorgung andauert, nur auf dem Wege über die Milchzentrale erhalten können. Es ist deshalb die Pflicht der Stadtwartung, im Interesse der Kinder und der Kranken gegen die Milchamsterei einzuschreiten. Die Beteiligten werden hierdurch aufs ernste verwahrt. Jeder Milchamstereiter hat es seiner eigenen Schuld zuzuschreiben, wenn ihm die Milch, die er in die Stadt herbeibringt, abgenommen und seine Bestrafung herbeigeführt wird.

* **Fahrkartenverkauf in den Bügen.** Die Umschreibung der Fahrkarten auf den Hilsweg kann nur durch die Stationen vorgenommen werden. Die Umschreibung in den Bügen durch das Zugpersonal ist nicht statthaft. Für die im Zug gelaufenen Fahrkarten muß die befahrene Strecke bezahlt werden.

* **Bund der Auslandsdeutschen e. B.** Wie das Reichsamt für Auslandsangelegenheiten bekannt gibt, läuft die Kündigungsfrist für Auslandsdeutsche (Gewalt-, nicht Liquidationschäden) am 31. März 1923 ab. Wer bis dahin seinen im Ausland erlittenen Schaden nicht angemeldet hat, geht sämtlicher Ansprüche, welche ihm auf Grund des Auslandschadengesetzes zustehen, verlustig.

* **Tanzabend Anneliese Hirsch.** Morgen Mittwoch, den 21. März, findet abends 7 1/2 Uhr im S. Justizhaussaal der Tanzabend der einheimischen Tanzkünstlerin Anneliese Hirsch statt. Das Programm enthält 10 Tanznummern nach Kompositionen von Debis, Grieg, Tschaikowsky, Sibelius, Debussy, Rachmaninoff, Chopin und Schubert. Herr Nicolai Lopatinoff wird ferner Maweroli von Tschaikowsky, Glagounoff, Seriobine und Rachmaninoff zum Vortrag bringen.

Literarische Neuerscheinungen.

Jugendbewegung und Schule. Von Dr. August Hausrat h. Gymnasialdirektor in Freiburg i. B. Verlag G. Braun in Karlsruhe 1923. Grundpreis 2 M. 1.—

Der Verfasser gibt einen zusammenfassenden Überblick über die verschiedenen Verzweigungen der Jugendbewegung. Diese Arbeit ist beredend und wird vielen Jugendlichen, Eltern und Lehrern, die sich einen Überblick über die verwirrende Fülle der Gruppen und Gruppchen verschaffen wollen, sehr willkommen sein. Besonders wertvoll wird dieser Wegweiser durch die tiefdringende Charakterisierung, die überall aufs Wesentliche geht. Bei aller Objektivität den einzelnen Erscheinungsformen gegenüber spricht aus der Darstellung eine große, wohlthuende Wärme für die Grundgedanken der Jugendbewegung. Die Persönlichkeit des Verfassers verleiht dem, was er über das Verhältnis der Jugendkultur zur Schule sagt, besonderen Nachdruck. Die Schrift wird wegen der praktischen, in dieser knappen Form bisher fehlenden Zusammenfassung und wegen ihrer grundsätzlichen Stellungnahme in den Kreisen der Jugendlichen, Eltern und in Schulkreisen sicher und mit Recht viel Beachtung finden. Der Reinertrag der Schrift wird dem Verein für deutsche Jugendherbergen, Arbeitsgemeinschaft Südbaden, überwiesen.

Kommentar zur Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Mit einer Einführung, sämtlichen Novellen, den wichtigsten Ausführungsbestimmungen, Nebengesetzen und einem Sachregister. Von Dr. jur. Fr. Stier-Somlo, ord. Prof. des öffentlichen Rechts an der Universität Köln. Zweite wesentlich überarbeitete und ergänzte Auflage. 1923, 3. Bändchen. Mannheim, Berlin, Leipzig. 1219 Seiten. Grundpreis geb. 15 M. (zu multiplizieren mit der jeweiligen Entwurfsziffer des V. Vorf. Vereins).

Das umfangreiche Gebiet des Gewerberechts ist gleich den übrigen Rechtsgebieten im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr unübersichtlich geworden. Gelehrte, Studierende und Praktiker werden es daher lebhaft begrüßen, daß in der vorliegenden zweiten Auflage des weit verbreiteten, von der Fachpresse und den Beteiligten überaus beifällig aufgenommenen Erläuterungswerks der Inhalt mit den durch die Nachkriegszeit entstandenen Verhältnissen und der jüngsten Gesetzgebung in Einklang gebracht worden ist. Neben den geballten Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen nach der geschichtlichen Entwicklung und ihrer Bedeutung, dem Zweck und der praktischen Tragweite unter Stellungnahme zu den zahlreichen Streitfragen wird an den geeigneten Stellen auch zum Ausdruck gebracht, welchen Einfluß die außerhalb der Gewerbeordnung entstandene neueste Gesetzgebung auf das Gewerbe recht ausgeübt hat (so das Recht des Arbeits- und Tarifvertrags, der Betriebsverfassung und des Arbeiterschutzes). Die systematische Einleitung (XVI—XXXVII) und das ausführliche Sachregister (Seite 1195—1219) erhöhen die Brauchbarkeit des Werkes. Der musterzählige Kommentar des bei Gelehrten wie bei Praktiken hochgeschätzten Verfassers kann allenfalls wärmstens empfohlen werden, um so mehr, als er gegenwärtig das einzige Werk dieser Art ist, das den heutigen Stand (Ende 1922) der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtslehre wiedergibt.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Der Stadt Mannheim ist durch Entschlebung vom heutigen im Einvernehmen mit den Herrn Ministern der Justiz und der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von zu 10 % verzinslichen Schuldverschreibungen auf den Nennwert im Gesamtwert von 350 Millionen Mark sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 17. März 1923.
Minister des Innern.
Remmele. Lalor.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Regierungsdirektor Alfons Kurrus zum Amtmann beim Bezirksamt Freiburg und Regierungsdirektor Dr. Rudolf Restle zum Amtmann in Karlsruhe.

Entlassen auf Ansuchen:

Regierungsrat Dr. von Nicolai, Amtmann Albert Herrmann in Karlsruhe, Oberreferent Karl Weingärtner zuletzt beim Bezirksamt Mannheim, Polizeiwachmeister Franz Seiler in Freiburg.

Entlassen:

Polizeiwachmeister Gottlieb Sohn in Freiburg.

Justizministerium.

Ernannt:

Exporteur Rudolf Kollmar und Kaufmann Fritz Schumacher in Pforzheim zu Landelsrichtern und die Fabrikanten Karl Knoll und Emil Schuler in Pforzheim zu Handelsrichterstellvertretern bei den Kammer für Handelsachen am Landgericht Karlsruhe; Justizassistent Karl Haag beim Notariat Langenbrüden zum Justizsekretär.

Versetzt:

Kanzleiasistent Emil Fillingner bei der Direktion der Landesstrafanstalt Bruchsal zum Notariat daselbst, Justizassistent Albert Rothfels beim Notariat Bruchsal zur Direktion der Landesstrafanstalt Bruchsal.

Entlassen auf Ansuchen:

Kanzlistin Friedhilde Frey beim Amtsgericht Ballbrunn.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

den Geh. Regierungsrat Professor Dr. Uhlentuth in Marburg mit Wirkung vom 1. April 1923 zum ordentlichen Professor der Hygiene an der Universität Freiburg.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Domänenrat Theodor Martin in Konstanz zum Finanzrat bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums, Domänenrat Karl Adolf Kirchner in Karlsruhe zum Vorstand des Domänenamts Konstanz.

Verstorben:

Oberlandesgerichtspräsident Hermann Beck.

Wer noch ein eigenes Dach über dem Kopf hat, denke an die Vertriebenen an Ruhr und Rhein und gebe zum Deutschen Volksoffer.

Dollar - Schatzanweisungen des Deutschen Reiches

garantiert von der Reichsbank, am 15. April 1926 zu 120 % rückzahlbar.

Stücke zu 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar. Zeichnung vom 12. bis 24. März d. Js.

Zeichnungen werden bei den unterzeichneten Zeichnungsstellen entgegengenommen. Prospekte mit den näheren Bedingungen liegen bei allen Zeichnungsstellen auf und werden auf Wunsch abgegeben.

Reichsbankstelle Karlsruhe / Darmstädter und Nationalbank / Veit L. Homburger / Mitteldutsche Creditbank / Rheinische Creditbank / Süddeutsche Disconto-Gesellschaft / Straus & Co. B315

Badisches Landestheater. Mittwoch, 21. März. 5 1/2 u. 9 Uhr. Für die an Ostern zur Erlassung kommenden Volksschüler.
Wilhelm Tell.

Bekanntmachung wegen Steuerwiderrhandlung. Durch rechtskräftigen Strafbescheid ist gegen Privatmann Georg Fenzel hier eine Geldstrafe von 25000 M. wegen Hinterziehung von Grundbesitzsteuer ausgesprochen worden.
Finanzamt Karlsruhe-Stadt.

Statler Zweispänner-**Bordwagen** neu, sowie ein **Motor** Dreistrom 0,75 PS billig abzugeben. B.321
Sandwagenfabrik Winter & Philipp Schweigingen, Karlsruhe-Str. 29.

Hochbauarbeiten für das neue Kesselhaus in der Hauptwerkstätte Karlsruhe zu vergeben. Grab-, Beton- und Maurerarbeiten sowie Zimmerarbeiten. Pläne und Bedingungen auf dem Baubüro im Hofe des Verwaltungsgeländes der Hauptwerkstätte, Eingang Wielandstraße, von 8—12 Uhr vormittags zur Einsicht. Dort

auch Abgabe der Angebotsordrücke. Kein Versand nach auswärtig. Angebote verschlossen u. mit der nötigen Aufschrift bis 24. März 1923, vormittags 10 Uhr, auf dem Baubüro der Hauptwerkstätte einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. A.492.2. Karlsruhe, 13. März 1923. Reichsbahndirektion. Hochbauverw.

Bürgerl. Rechtspflege

Konkursöffnung.

N.547. Baden. Über das Vermögen des Schneidemeisters Josef Häring in Baden, jetzt in Amerika, wurde heute am 17. März 1923, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Justizrat Reis in Baden ist zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 23. Mai 1923 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Wechselseitigen über die Wechselseitigen des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch, 11. April 1923, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, 13. Juni 1923, vormittags 10 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem

Konkursverwalter bis zum 10. April 1923 Anzeige zu machen.

Baden, 17. März 1923. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Zu besetzen auf 3. spätestens 16. April 1923 die Stelle eines B.319

Verwaltungsassistenten

(Vesolb.-Gr. V). Erforderlich: Saubere Handschrift, Gewandtheit auf Schreibmaschine (tunlichst Stenograph), Erfahrung im allgem. Kanzleidienst (namentlich Grundbuch- und Feuerversicherungsachen). Jüngere Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen sofort einreichen.

Adolfzell, 16. März 1923. Gemeinderat: Wiesch.

Stammholzverkauf.

Die Gemeinde Grödingen (Amt Durlach, Baden) verkauft: B.320
39 Eichen I.—IV. Klasse mit 76 Fstm.
116 Eichen II.—V. Kl. mit 112 Fstm.
8 Buchen I.—III. Kl. mit 11 Fstm.
11 Kiefern IV.—V. Kl. mit 3 Fstm.
358 Erlen IV.—V. Kl. mit 150 Fstm.
19 Pappeln III.—IV. Klasse mit 22 Fstm.
2 Weiden IV. Kl. mit 1,49 Fstm.
Angebote sind bis Anfangs 28. März 1923, nachmittags 4 Uhr, hierher einzureichen.
J. d. Bürgermeister.